

Durch ihre Schwäche haben sich Großbritannien und Europa zu Fahmenträgern für illegale US-Aktionen in anderen Ländern gemacht.

***Die europäische Außenpolitik scheint fast ausschließlich auf dem Wunsch zu beruhen, Präsident Trump nicht zu verärgern.***



7. Januar 2026 | Ian Proud

Der Angriff der USA auf die venezolanische Hauptstadt Caracas und die Entführung von Präsident Maduro und seiner Frau waren nach internationalem Recht illegal. Die britischen und europäischen Staats- und Regierungschefs, die die Maßnahmen der USA durch ihr Schweigen stillschweigend unterstützen, zeigen sich schwach und werden ihren Ruf in den Entwicklungsländern weiter schädigen.

Die UN-Charta wurde 1945 verabschiedet, um sicherzustellen, dass Länder sich nicht mehr in die souveränen Angelegenheiten anderer Länder einmischen. Natürlich stand diese Rechtsgrundlage auf wackeligen Beinen, da die Nachkriegsgrenzen komplex und in vielen Teilen der Welt umstritten waren. Der Zweite Weltkrieg endete zu einer Zeit, als Großbritannien und andere europäische Nationen ihren Rückzug aus dem Kolonialismus beschleunigten und auf der Grundlage ehemaliger Kolonialgrenzen völlig neue souveräne Staaten schufen.

Die Charta der Vereinten Nationen hat nicht versucht und versucht auch heute nicht, die Weltkarte neu zu schreiben. Sie versucht auch nicht, eine Vorlage dafür vorzugeben, wie Länder regiert werden sollen. Die Länder der Welt werden weiterhin von einer Mischung aus Monarchien, Demokratien und Autokratien in vielen Formen und Größen geführt.

Kein Land hat das Recht, einem anderen Land seinen Willen oder seine bevorzugte Regierungsform aufzuzwingen, egal wie dysfunktional dieses Land auch sein mag. Im Falle Venezuelas würden nur wenige behaupten, dass es sich trotz der Abhaltung von Wahlen um eine Demokratie im reinsten Sinne handelt. Dass einige Länder die früheren Wahlen in Venezuela als manipuliert betrachten, ist gemäß der Charta der Vereinten Nationen irrelevant. Kein Drittland darf gewaltsam in die Angelegenheiten eines anderen Staates eingreifen, selbst wenn dieser Staat eine gewalttätige Diktatur zu sein scheint.

Ich persönlich halte Nicolas Maduro zumindest für einen autoritären Führer, der dazu neigt, sein Volk mit undemokratischen und repressiven Mitteln zu regieren. Aber das Gleiche könnte ich über unzählige andere Länder sagen, nicht nur in Lateinamerika, sondern auch in Afrika, im Nahen Osten und in Asien.

Europa selbst, obwohl es von scheinbar demokratischen Systemen regiert wird, wurde im vergangenen Jahr von den USA beschuldigt, anti-demokratisch zu sein, indem es die Meinungsfreiheit unterdrückt und mit Hilfe einer gefügigen Presse den Anschein von Demokratie inszeniert. Die Institutionen Europas sind von ihrer Konzeption her anti-demokratisch, da die Bürger weder die Möglichkeit haben, einen der sechs sogenannten Präsidenten direkt zu wählen, noch ihre nicht gewählten Adjutanten, wie auch immer diese genannt werden mögen.

Ob man ihn nun liebt oder, wie es in vielen liberalen Fällen der Fall ist, verabscheut – westliche Staats- und Regierungschefs haben nach internationalem Recht kein Mitspracherecht darüber, ob Nicolas Maduro der rechtmäßige Führer Venezuelas ist.

Im Falle der USA hat dieses Land berechtigte Bedenken hinsichtlich der Flut von Drogen, die über Venezuela in sein Land gelangen und das Leben von Menschen ruinieren, die drogenabhängig sind. Dies ist zweifellos ein legitimes nationales Sicherheitsinteresse der Amerikaner und gibt ihnen das Recht, Maßnahmen zu ergreifen, um diese feindseligen Handlungen zu verhindern, einschließlich, wenn sie dies wünschen, durch den Einsatz von Gewalt. Ohne auf die breitere Debatte über US-Angriffe auf mutmaßliche Drogenboote einzugehen, unterliegen diese Maßnahmen dennoch dem internationalen Menschenrechtsgesetz.

Sie geben den USA nicht das Recht, einen amtierenden Präsidenten gewaltsam zu stürzen, so unangenehm seine Person auch sein mag.

Dass die britischen und europäischen Staats- und Regierungschefs durch ihr Schweigen zu den Maßnahmen der USA stillschweigend den Sturz Maduros unterstützen, sagt mehr über die internationalen Beziehungen aus als über das Völkerrecht.

Sie haben sich selbst zu Richtern und Geschworenen in dieser Angelegenheit ernannt, weil sie der Einschätzung der USA zustimmen, dass Maduro der falsche Führer für Venezuela ist.

Dieses Theater spielte sich am Montag, dem 5. Januar, im UN-Sicherheitsrat lebhaft ab, wo die verschiedenen europäischen Staaten, die an diesem Tisch vertreten waren, nacheinander sich weigerten, in ihren Erklärungen auch nur die Maßnahmen der USA zum Sturz Maduros zu erwähnen. In Anlehnung an die Weigerung von Premierminister Keir Starmer, die Maßnahmen der USA zu verurteilen, beschränkte sich der britische Vertreter am Tisch, James Kariuki, den ich leider schon

lange kenne, darauf, auf die undemokratische Natur von Nicolas Maduro, die Notwendigkeit eines Übergangs zur Demokratie und die Einhaltung des Völkerrechts hinzuweisen. Und sonst nichts.

Keine Erwähnung der Tatsache, dass die Maßnahmen der USA gegen das Völkerrecht verstießen. Keine Erwähnung des einseitigen Militärangriffs der USA auf die Hauptstadt Venezuelas oder der Entführung von Maduro. Einfach gesagt: Maduro ist schlecht, zu schlecht, suchen wir jemanden, der ihn ersetzen kann, jemanden, den wir implizit gutheißen.

Alle anderen europäischen Staaten am Tisch, darunter Griechenland, Frankreich, Lettland und Dänemark, vertraten eine etwas ausführlichere Version derselben Position. Die Dänen waren etwas differenzierter, da sie die nicht unbegründete Befürchtung hatten, dass sie die nächsten sein könnten, wenn Amerika beschließt, Grönland illegal zu annektieren.

Und darin liegt die eigentliche Ursache für die Positionierung Großbritanniens und Europas. Die europäische Außenpolitik scheint fast ausschließlich auf dem Wunsch zu beruhen, Präsident Trump nicht zu verärgern.

In London, Riga, Paris und Kopenhagen klammern sich die Staats- und Regierungschefs immer noch an die Hoffnung, dass Präsident Trump durch Schmeicheleien weiterhin ihre Bemühungen um die Aufrechterhaltung eines Stellvertreterkrieges in der Ukraine unterstützen wird.

Dass er, wenn sie sich weigern, ihn wegen Venezuela zu verurteilen, vielleicht irgendwann wieder auf die Idee eines Regimewechsels in Moskau zurückkommt, und zwar durch einen Krieg in der Ukraine, von dem die Staats- und Regierungschefs weiterhin träumen, dass er gewinnbar ist, obwohl alle Anzeichen gegen diese Annahme sprechen.

So sind die Anforderungen des Völkerrechts völlig nebensächlich geworden gegenüber dem außenpolitischen Gebot, Präsident Putin zu besiegen und ihn hoffentlich vielleicht in einem US-Militärhubschrauber zu einem Scheingericht in New York zu bringen. Alles andere, einschließlich der Anforderungen der UN-Charta, ist einfach nur ein lästiges Detail.

Letztendlich bleiben Großbritannien und Europa jedoch schwach und unfähig, die Handlungen von Präsident Trump wesentlich zu beeinflussen, was sie zu schwachen Passagieren in einem außer Kontrolle geratenen US-Zug macht.

Leider werden die Länder der Entwicklungswelt – einschließlich der lateinamerikanischen Länder im Sicherheitsrat, die in unterschiedlichem Maße die Entscheidung der USA verurteilt haben – von der Haltung Großbritanniens und Europas schockiert sein. Dass ihre Staats- und Regierungschefs sich stellvertretend an eine westliche Hegemonialmacht klammern, in der die USA als Weltpolizist agieren, und dass sie entsetzt zurückstehen und unterwürfigen Applaus spenden.

Der Hauptnutznießer davon wird natürlich China und in gewissem Maße auch Russland sein, die sich zunehmend gegen die westliche Vorherrschaft durch alternative globale politische Foren für Dialog und gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit gewehrt haben. Ich gehe davon aus, dass die Schlange der Länder, die sich für einen Beitritt zu den BRICS anstellen, nach diesem illegalen Angriff der USA auf Venezuela länger werden wird.